

Statement

Elke Hannack

Stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Jahrespressekonferenz

Berlin, 23. Januar 2023

Es gilt das gesprochene Wort!

Meine Damen und Herren,

die Bundesinnenministerin hat Anfang des Jahres die Leistungen des öffentlichen Dienstes gewürdigt. Richtige Alltagshelden wären die Beschäftigten, sagte die Ministerin. - Und damit hat sie recht.

Aber eine wirkliche Hilfe für die Kolleginnen und Kollegen ist so ein symbolisches Schulterklopfen nicht. In den Dienststellen fragt man sich vielmehr, wie ernst ein solches Lob überhaupt gemeint sein kann. Denn dringend nötige Investitionen in den Öffentlichen Dienst lassen seit Jahren auf sich warten. An vielen Stellen fehlt Personal. Es fehlt eine zeitgemäße Ausstattung und eine flächendeckend funktionierende IT. Stattdessen kämpfen die Kolleginnen und Kollegen tagtäglich mit den widrigen Arbeitsbedingungen.

Wir brauchen endlich eine langfristig angelegte Personalplanung im öffentlichen Dienst. Hier darf nicht länger auf Kante genäht werden.

Um nur drei Fakten zu nennen:

Ein Drittel der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (mehr als 1,3 Millionen) geht in den nächsten Jahren in den Ruhestand.

Der Öffentliche Dienst ist mit einer Befristungsquote von mehr als 15 Prozent Spitzenreiter in Deutschland.

Bereits jetzt müssen 45 Prozent der im Öffentlichen Dienst Beschäftigten sehr häufig oder oft mehr arbeiten, weil Personal fehlt (Umfrage DGB Index Gute Arbeit aus 2021).

Für einen zukunftsorientierten Öffentlichen Dienst, der die Daseinsfürsorge für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land sicherstellen kann, brauchen wir gesunde und motivierte Beschäftigte.

Wer mehr Personal will, muss auch gute Arbeitsbedingungen und eine gute Bezahlung bieten. Dafür streiten wir zusammen mit den Gewerkschaften in der morgen beginnenden Tarif- und Besoldungsrunde. Und dafür streiten wir, wenn wir uns für mehr Investitionen in Personal und Ausstattung einsetzen.

Klar ist: Wer vom Fachkräftemangel spricht, darf zur Erwerbsbeteiligung von Frauen nicht schweigen. Hier liegt ein enormes Potential, das die Bundesregierung mit ihrer Fachkräftestrategie nun auch heben will. - Anja Piel wird darauf gleich ausführlicher eingehen.

Denn, obwohl die Erwerbstätigenquote von Frauen in Deutschland in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich gestiegen ist, liegt das Arbeitszeitvolumen von Frauen nach wie vor deutlich unter dem der Männer. Frauen arbeiten - und damit ist nur die bezahlte Erwerbsarbeit gemeint - durchschnittlich sieben Stunden pro Woche weniger als Männer, weil sie sich eben stärker um die Sorgearbeit kümmern, also um Kinder, Pflegebedürftige und Hausarbeit. Genau dort gilt es anzusetzen.

Der Schlüssel dafür liegt in der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf – oder besser - in der Umverteilung von bezahlter Erwerbs- und unbezahlter Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern - Arbeitszeiten müssen zum Leben passen. Eltern brauchen bedarfsgerechte Betreuungsangebote, nicht nur für die Kleinsten, sondern auch für Schulkinder und zu pflegende Angehörige. Genauso wichtig sind der Ausbau der Partnermonate beim Elterngeld und eine zehntägige, bezahlte Freistellung des Vaters rund um die Geburt eines Kindes, aber auch die Entgeltersatzleistung für pflegende Angehörige. Außerdem müssen haushaltsnahe Dienstleistungen endlich gefördert werden. Wir haben dafür ein Gutscheinsystem vorgeschlagen, damit Familien ausreichend legale und bezahlte Angebote zur Verfügung stehen. Und auch die Steuerklasse V gehört jetzt endlich abgeschafft.

All diese Vorhaben darf die Ampel-Koalition nicht auf die lange Bank schieben, wie das im Herbst bei der Väterfreistellung passiert ist.

Manches kostet Geld, anderes verlangt auch den Arbeitgebern etwas ab. Aber Gleichstellung in der Arbeitswelt ist kein Schönwetter-Thema. Gerade in der Krise muss die Regierung beweisen, wie ernst sie die eigenständige Existenzsicherung von Frauen nimmt. Wir wünschen uns von dieser Bundesregierung auch eine Politik, die die Gleichstellungsthemen nicht länger stiefmütterlich behandelt.

Meine Damen und Herren,

in der Fachkräftedebatte kommen wir natürlich auch am Thema Aus- und Weiterbildung nicht vorbei.

Zwar hat sich der Ausbildungsmarkt im letzten Jahr minimal erholt. Dennoch gibt es gegenüber dem Vor-Corona-Jahr 2019 noch immer fast zehn Prozent (exakt 9,5 Prozent) weniger neu abgeschlossene Ausbildungsverträge. Deshalb bleiben wir dabei: Wir brauchen eine umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie. Das BMAS hat dafür erste Ansätze mit dem Gesetzentwurf für ein Weiterbildungsgesetz vorgelegt. Leider reichen die vorgeschlagenen Instrumente nicht für eine Trendwende auf dem Ausbildungsmarkt. Ohne einen individuellen Rechtsanspruch für junge Menschen ist die Ausbildungsgarantie eben keine echte Garantie. Hier muss nachgebessert werden.

Mit dem Weiterbildungsgesetz soll auch eine Bildungszeit bzw. Bildungsteilzeit eingeführt werden, wie wir sie seit Langem fordern.

Wir begrüßen dieses Vorhaben ausdrücklich. Aber auch hier bleibt der Gesetzentwurf hinter dem zurück, was notwendig wäre:

Es fehlt ein echter Freistellungsanspruch für die Beschäftigten.

Die jetzt vorgesehene Dauer der Bildungszeit reicht nicht, um in einer Weiterbildung auch einen Abschluss zu erzielen.

Die Höhe des Bildungszeitgeldes (60/67% vom Nettolohn) reicht als Anreiz für Geringverdiener nicht aus. Besser wäre, dafür einen Mindestbetrag vorzusehen (DGB: z.B. 1.350 Euro in der Stellungnahme vorgeschlagen).

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!